

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.01.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

- 3.2 Einrichtung eines temporären Arbeitskreises zur Entwicklung eines Handlungs-
konzeptes für Möglichkeiten der abendlichen Freizeitgestaltung im Jahr 2021 im
Kontext der Corona- Pandemie
- Antrag der Volt- Fraktion wurde durch den Rat der Universitätsstadt Siegen an
den Jugendhilfeausschuss verwiesen -**

Vorlage Nr. AT 33/2021

Für die Antragsteller erläutert Herr Wittenburg die Intention des Antrages, vertretbare Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen das Zusammenkommen von Personen oder Gruppen im öffentlichen Raum unter Corona-Bedingungen möglich ist. Verbote, wie im vergangenen Sommer auf dem Marktplatz, sollten verhindert werden. Es gehe auch nicht darum, ein Spaßangebot zu schaffen.

Herr Schmidt hält fest, dass es aus Sicht der Verwaltung den Jugendlichen / jungen Erwachsenen überlassen werden sollte, selbstbestimmt im öffentlichen Raum ihre Treffpunkte zu wählen. So wird auch die Grundidee im Kinder- und Jugendförderplan formuliert. Eine weitergehende Vorgabe oder Begleitung durch Erwachsene ist nicht erforderlich. Als positives Beispiel nennt er den Bertramsplatz, wo sich unterschiedliche Gruppen problemlos aufhalten. Er hat auch den Eindruck gewonnen, dass Jugendliche durchaus verantwortungsbewusst mit den Corona-Regeln umgehen. Die beschriebene Situation auf dem Marktplatz wurde durch andere Personen verursacht. Im Übrigen hat es während des ersten Lockdowns durchgängig Angebote für Kinder und Jugendliche in städtischen Einrichtungen gegeben. Selbst wenn sich ein Bedarf herausstellen sollte, wird ein weiterer Arbeitskreis als nicht erforderlich angesehen. Vielmehr wäre eine Einbindung des Jugendparlamentes in vorhandene Strukturen zielführender um zu ermitteln, wie sich die Bedarfe, auch an anderen informellen Treffpunkten, darstellen.

Frau Bleckmann setzt sich dem entgegen dafür ein, neben den vorhandenen Angeboten der Stadt und der anderen Anbieter den öffentlichen Raum in einem Arbeitskreis gesondert zu

betrachten. Unabhängig von den Corona-Maßnahmen rechnet sie auch zukünftig mit dem Zusammentreffen größer Gruppen auf Plätzen, für die z. B. eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden sollte. Daher kann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema im Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Jugendparlament könnte in einem Arbeitskreis vorbereitet werden.

Auch Herr Langer befürwortet den Antrag, wobei jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die Studierenden in den Blick genommen werden sollten. Die Projekte „Siegen zu neuen Ufern“ und „Uni kommt in die Stadt“ führen zu mehr öffentlichen Treffpunkten und zeigen den Handlungsbedarf auf. Diese positive Entwicklung des Stadtlebens sollte durch einen Arbeitskreis begleitet werden. Die vorhandenen Angebote der Stadt sind zeitlich begrenzt bzw. auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Viele Jugendliche wollen sich aber unabhängig davon an bestimmten Plätzen treffen.

Herr Helm sieht weniger die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschuss zur Schaffung der Rahmenbedingungen gegeben. Seines Erachtens ist es vielmehr ein Thema für die Stadtentwicklung, wo unabhängig von Corona-Bedingungen auch in den Stadtteilen Handlungsbedarf besteht. Daher kann die CDU-Fraktion der Einrichtung eines Arbeitskreises nicht zustimmen.

Herr Schollmeyer stellt fest, dass sich Jugendliche, unabhängig von der aktuellen Situation, ihre eigenen Treffpunkte und Räume suchen. Im Übrigen ist im Rahmen der Stadtentwicklungsmaßnahmen in der Oberstadt bereits eine umfassende Kinder- und Jugendbeteiligung erfolgt. Ein Arbeitskreis, in dem Erwachsene Infrastrukturen planen, zudem nur auf die Zeit der Pandemie bezogen, ist aus Sicht des Stadtjugendrings nicht zielführend.

Herr Thimm kann das Anliegen grundsätzlich nachvollziehen. Für ihn ist jedoch nicht klar, auf welche Zielgruppe ein Konzept ausgerichtet sein soll. Er möchte auch vermeiden, Doppelstrukturen zu schaffen.

Herr Langer regt als Kompromiss an, einen Arbeitskreis mit der Weiterentwicklung der Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen zu befassen. Dabei sollten nicht nur bauliche Maßnahmen und auch nicht nur die Erwachsenen als Zielgruppe betrachtet werden. Handlungsbedarf besteht seines Erachtens darüber hinaus in den Stadtteilen.

Frau Bleckmann schlägt vor, den Arbeitskreis nicht nur auf die Zeit während der Corona-Regelungen und nicht nur auf Kinder und Jugendliche zu begrenzen. Darüber hinaus sollte der Antrag dahingehend ergänzt werden, Mitglieder des Jugendparlaments zu beteiligen. Konzepte in anderen Städten zeigen exemplarisch Wege auf.

Frau Ludewig stellt klar, dass es der Volt-Fraktion als Antragstellerin um Jugendliche und junge Erwachsene geht. Ein Handlungskonzept sollte auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet sein.

Herr Kamieth hält es für richtig, die Schaffung von Strukturen und Infrastruktur weder nur auf Jugendliche noch auf die Innenstadt zu beschränken, da Bedarfe auch in anderen Stadtteilen bestehen. Er möchte auch davon abrücken, in der Diskussion nur die negativen Punkte als Auslöser zu benennen, da damit ein falsches Bild geschaffen wird. Die Idee eines Hand-

lungskonzeptes ist durchaus positiv zu bewerten. Dieses sollte aber allgemein auf die Verbesserung von Freizeitqualität ausgerichtet sein, wobei auch andere Interessengruppen (z. B. Senioren- oder Behindertenbeirat) und auch andere Ausschüsse berücksichtigt werden müssten.

Herr Schollmeyer sieht die Diskussion als zu sehr in die Breite gehend an. Im Kern geht es seines Erachtens um Treffpunkte für Jugendliche im öffentlichen Raum und die Rahmenbedingungen dazu. Einen zweiten Bereich stellt die Stadtentwicklungsplanung dar, wo alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Eine Beschränkung auf die Pandemie-Zeit hält er für falsch. Ein Arbeitskreis einzurichten ohne die Einbindung der Jugendlichen von Anfang an vorzusehen ist nicht im Interesse der Sache.

Herr Schiltz teilt die Einschätzung, dass ein Arbeitskreis nicht zielführend ist. Es bedarf durchaus eines Handlungskonzeptes für Situationen, wo sich Jugendliche an bestimmten Plätzen treffen und Regeln nicht beachtet werden. Dies ist aber nicht die Aufgabe eines politisch besetzten Arbeitskreises. Vielmehr muss die Verwaltung darauf vorbereitet sein und reflektieren, welche Maßnahmen zielführend waren und welche überzogen. Zurückblickend auf die Diskussion stellt er fest, dass sehr unterschiedliche Positionen bestehen und fragt nach konkreten Vorschlägen.

Frau Bleckmann wiederholt ihren Vorschlag, Mitglieder des Jugendparlaments bei der Erarbeitung eines Konzeptes zu beteiligen. Dieses Konzept sollte zeitlich nicht auf die Pandemie beschränkt sein.

Frau Ludewig ergänzt, dass ein langfristig ausgerichteter Arbeitskreis eingerichtet werden soll.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit der Entwicklung eines langfristigen Konzeptes befasst, wie und unter welchen Bedingungen für Jugendliche Treffpunkte im öffentlichen Raum geschaffen werden können. In den Arbeitskreis sollen Mitglieder des Jugendparlaments einbezogen werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

1. JHA 21.01.2021
